

Pest oder Cholera — eine Wahl, die keine war

Einschätzungen zur Präsidentschaftswahl in den Philippinen

von Niklas Reese

Die nächste Präsidentin der Philippinen, so viel scheint nach vier Wochen klar zu sein, wird wieder Macapagal-Arroyo heißen. Zu diesem Ergebnis kommen jedenfalls die Auszählungen, die die unabhängige Wahlbeobachtungsbewegung NAMFREL durchgeführt hat wie auch die (inoffiziellen) Ergebnisse, die von der nationalen Wahlbehörde COMELEC veröffentlicht wurden.

Demnach hat Arroyo 39,0 Prozent der Stimmen erhalten, 1,1 Millionen mehr als ihr schärfster Widersacher Fernando Poe, der auf 37,0 Prozent der Stimmen kommt. Damit scheinen sich die Erwartungen zu bestätigen, die in Arroyo spätestens dann die sichere Siegerin sahen, nachdem die Iglesia ni Kristo und die charismatische Bewegung El Shaddai ihren zusammen mehr als acht Millionen Anhänger empfohlen hatten, den Namen der amtierenden Präsidentin auf den Wahlzettel zu schreiben.

Auch ihr Kandidat für das Vizepräsidentenamt, Noli de Castro, der lange als beliebtester Nachrichtensprecher für den Sender ABS-CBN gearbeitet hat, scheint siegreich durchs Ziel gegangen zu sein. Er gewann 49,9 Prozent der Stimmen, seine ärgste Konkurrentin Loren Legarda 46,6 Prozent der Stimmen.

Die Präsidentin scheint die lachende Dritte zu sein, weil sich Poe nicht mit dem Law-and-Order-Kandidaten Panfilo Lacson, der 10,8 Prozent der Stimmen erhielt, auf eine gemeinsame Kandidatur hat einigen können. Da es keine Stichwahl gibt und der bzw. die Kandidatin gewinnt, die im ersten und einzigen Wahlgang die meisten Stimmen erhält (1992 wurde Fidel Ramos mit gerade einmal 24 Prozent der Stimmen Präsident), wird Arroyo auch die nächsten sechs Jahren die Hausherrin im Malacanang-Palast sein.

Arroyos einstiger Bildungsminister Raul Roco, schon vor sechs Jahren Liebling der linksliberalen Zivilgesellschaft, hatte jede Chance auf einen Wahlsieg verloren, als er sich Anfang April wegen Prostatakrebs in den USA behandeln lassen musste. Er liegt mit 7 Prozent der Stimmen nur knapp vor dem evangelikalischen Prediger Eddie Villanueva, der 6,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Dem Lager von Poe ist es nicht gelungen, die Wut über die umstrittene Art und Weise, wie Ex-Präsident Estrada vor drei Jahren seines Amtes enthoben wurde, in genügend Stimmen umgemünzt zu haben. Den Kampf zwischen EDSA 2 und EDSA 3 scheint die Präsidentin vorläufig gewonnen zu haben. Sogar unter den Allerärmsten (der sogenannten Klasse E) hat Arroyo mehr Stimmen als Poe gewonnen. Arroyo hatte viele kleine Geschenke unter den Armen verteilt, Krankenversicherungskarten, Landtitel, Stipendien. Und diese Rechnung scheint aufgegangen zu sein.

Noch einmal gut gegangen?

Was ist gewonnen, wenn Arroyo als Siegerin durchs Ziel geht? Vor allem, dass der politisch völlig unerfahrene Poe nicht Präsident der Philippinen wird. Poe ist ein Schul-

abbrecher, der nur jämmerlich Englisch sprechen kann — aber er ist auch ein bekannter Schauspieler. In 282 Filmen hat er sich als Retter der Armen einen Namen gemacht, dabei aber eher wie ein Halbgott aus dem Dunkel gewirkt, ohne den Armen wie Estrada wirklich nahe zu kommen.

Das Land hat schon einmal mit einem Schauspieler an der Spitze des Staates schlechte Erfahrungen gemacht. Hemdsärmelige Küchenkabine, populistische Politik ohne klare Linie, Korruption und Selbstbereicherung waren unter Präsident Estrada an der Tagesordnung. Estrada hatte aber wenigstens noch als Bürgermeister der Stadt San Juan, Senator und schließlich Vizepräsident einige politische Erfahrung vorzuweisen.

Poe dagegen war im Wahlkampf jeder politischen Debatte aus dem Weg gegangen und hatte erst zwei Monate vor den Wahlen überhaupt ein Programm vorgelegt. Immer wieder stellte er unter Beweis, dass er von Politik und Wirtschaft nicht den blassesten Schimmer hat. Die präsidentiale Politik wäre unter Poe noch kopfloser geworden.

Und anfällig für die Interessen der falschen Leute: Die Leute hinter Poe sind mehr oder weniger die selben, auf die sich auch Estrada gestützt hat. Wäre Poe Präsident ge-

Niklas Reese ist Geschäftsführer des philippinenbüros im Asienhaus.

worden, so würden diese Leute auch in Zukunft wieder der Politik ihren Stempel aufdrücken. Außerdem pflegt Poe — ähnlich wie damals Estrada — ein freundliches Verhältnis mit der Familie des Ex-Diktators Marcos. Imelda Marcos, Kodiktatorin zwischen 1972 und 1986, hatte sich im Wahlkampf öffentlich sich hinter Poe gestellt.

Die Kandidaten von Poes Wahlplattform KNP haben auch zwischen 1998 und 2001, als Joseph Estrada regierte, Schlüsselpositionen innegehabt oder gar schon unter Marcos an den Hebeln der Macht gegessen.

»Das Wenige, das wir in unserem Kampf für Menschenrechte und gegen Korruption in den letzten Jahren erreicht haben, wäre mit einem Schlag ausgewischt, sollte Poe Präsident werden«, so der politische Analyst Joel Rocamora.

Poe zu verhindern — das dürfte der Beweggrund für viele gewesen sein, Arroyo die Stimme zu geben. Hatte sie 1998 noch das Rennen um die Vizepräsidentschaft souverän gewonnen, so haben ihre drei Jahre an der Spitze des Staates für Ernüchterung gesorgt.

Arroyos schlechte Bilanz

Als Arroyo vor drei Jahren zur Präsidentin ernannt wurde, versprach sie vier Dinge: der Armut ein Ende zu setzen, einem »neuen Politikstil« zum Durchbruch zu verhelfen, nicht auf Persönlichkeitskult und Patronage zu bauen und selber beispielhaft zu regieren. Nichts davon hat sie gehalten.

Die Philippinen, einst eines der reichsten Länder Asiens, gehört mittlerweile hier zu den Schlusslichtern. Obwohl Arroyo promovierte Volkswirtin ist, hinken die Philippinen weiterhin den anderen Volkswirtschaften Südasiens wie Malaysia, Thailand oder Indonesien hinterher. 60 Prozent der Bevölkerung haben weniger als 2 Dollar am Tag zum (Über-)Leben, während der Wohlstand und die Macht sich in den Händen einiger weniger hundert Familien konzentriert.

Der wirtschaftliche Stillstand hat auch unter Arroyo kein Ende gefunden, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, die Landreform tritt auf der Stelle und die horrenden öffentlichen Schulden sind auf insgesamt fast 100 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Dem weiteren Wachsen der philippinischen Bevölkerung — mit ein Grund für den ökonomischen Stillstand und die weit verbreiteten Armut — schaut sie gott ergeben zu. Künstliche Empfängnisverhütung und Familienplanung lehnt sie als unkatholisch ab.

Die Friedensgespräche mit der muslimischen MILF und der kommunistischen NPA rühren sich nicht vom Fleck. Dass Arroyo sich seit dem 11. September 2001 stets als loyale Gefolgsfrau von US-Präsident Bush erwiesen hat und zu den Ersten gehörte, die dem Irakkrieg 2003 die Unterstützung zusagte, hat die

Aussichten auf einen inneren Frieden im Lande nicht gerade verbessert.

Schneller als man gucken konnte, ist sie wie die anderen traditionellen Politiker/innen zu einer Klientelpolitikerin geworden, die auf Patronage und Persönlichkeitskult setzen, um ihre Macht abzusichern.

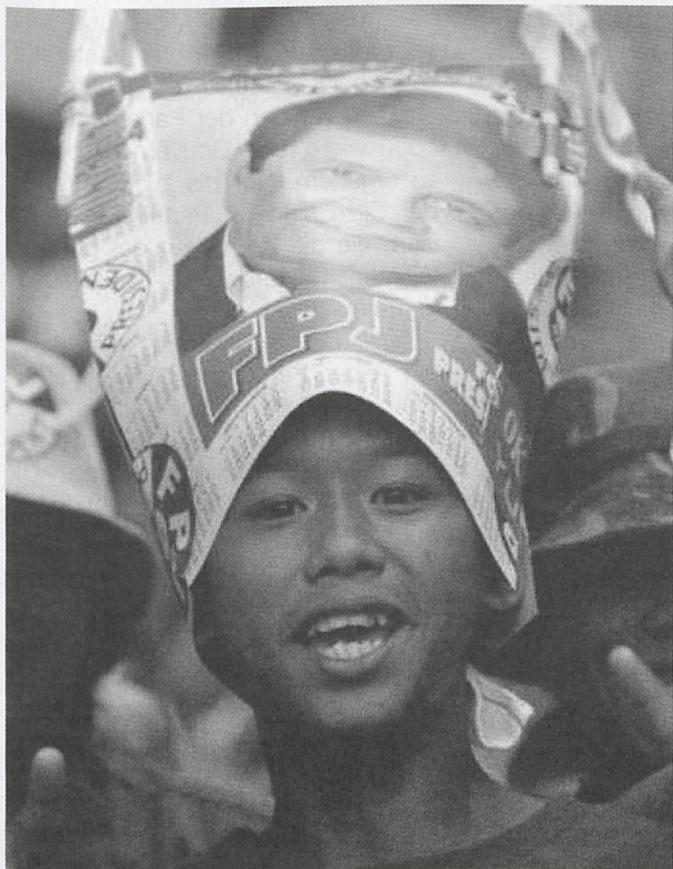
Der mächtigen Familie Lopez, in deren Geschäftsimperium lange Zeit auch Arroyos Vize Noli de Castro tätig gewesen ist, hat sie kurz vor der Wahlen einen riesengroßen Gefallen getan. Sie erklärte sich bereit, den Lopezes deren Anteil an dem hoffnungslos ineffizienten Wasserversorger Maynilad abzukufen. Damit hätten die Lopezes mindestens 47 Millionen US-Dollar gespart.

Arroyo soll Millionen Dollar öffentlicher Gelder für ihren Wahlkampf eingesetzt haben. Auf ihren landesweiten Besuchsreisen als Präsidentin warb sie für die Kandidatin Arroyo; amtliche Anzeigen, Fernseh- und Radiospots verkündeten ihre Wohltaten. Auf den Versicherungskarten der öffentlichen Krankenversicherung Philhealth wurde ihr Foto aufgedruckt. Menschen, die als Straßenkehrer eine vorübergehende Beschäftigung erhielten, trugen T-Shirts mit ihrem Namen. Staatliche Leistungen wurden zu persönlichen Geschenken der Präsidentin degradiert, für die man ihr persönlich dankbar zu sein hatte.

Ihre Beliebtheitswerte fielen immer wieder in den Keller. Es hat ein weitverbreiteten Wunsch gegeben, sie wegen ihrer enttäuschenden Amtsführung abzuwählen. Aber der Preis einer verheerenden Präsidentschaft Poes war dann doch vielen zu hoch. Man stand vor der Wahl, so Patricio Diaz, Kolumnist der MindaNews, »das Land von einer schwachen Führung zu befreien oder ein Desaster zu riskieren« — und entschied sich wahrscheinlich gegen das Letztere.¹

Eine schwache Präsidentin

Arroyo hatte gehofft, mit einem eindeutigen Wahlsieg die Zweifel an ihrer Amtseinsetzung zerstreuen zu können, doch der knappe Wahlsieg ist eine Unterstützung ohne Leidenschaft, die rasch verfliegen kann. Arroyo dürfte in den kommenden



Ein Anhänger Poes

sechs Jahren immer wieder vor dem Problem stehen, gegen die öffentliche Mehrheitsmeinung regieren zu müssen. Auch wenn sie sich immer wieder bemüht hat, den Armen nahe zu kommen — die Massen sind nie warm mit ihr geworden. Eine schwache Präsidentschaft scheint vorprogrammiert.

Als größter Stolperstein dürfte sich dabei erweisen, dass ihr Sieg als »unfair« gelten könnte. Von massiven Wahlfälschungen ist die Rede. Viele Berichte sprechen von Stimmenkauf, davon, dass die Wählerlisten unvollständig gewesen seien und dass Wahlurnen abhanden gekommen sind.

Poe hat sich darum ebenfalls zum Präsidenten ausrufen lassen und beruft sich dabei auf Auszählungen, die sein Lager durchgeführt hat und die ihn vorne sehen. Er redet von Wahlbetrug und führt ins Feld, dass etwa in Dörfern auf Mindanao und in der Provinz , die zu seinen Hochburgen gezählt werden, keine Stimmen für ihn registriert wurden. Zur Zeit blockieren Senatoren, die zu seinem Lager gehören, die offizielle Auszählung durch den Senat. Erst wenn diese abgeschlossen sind, wird es ein offizielles Wahlergebnis geben.

Zudem stützt sich Arroyos Wahlsieg vornehmlich auf die Inseln der Visayas und auf ihre Heimatprovinz Pampanga. Dort soll sie 98 Prozent der Stimmen bekommen haben. In den übrigen Regionen liegt Poe vorne.

Das Land wird nicht zur Ruhe kommen — und das kann sich das Land kaum leisten, während es mit einem hohen Handelsdefizit, einem geringen Exportwachstum, geringen ausländischen Investitionen, hoher Arbeitslosigkeit und sehr hohen Preisen für die Grundgüter herumschlägt, heißt es im Wochenbericht einer der führenden Banken des Landes.

Dem geringen Vertrauen in die öffentlichen Institutionen des Landes hat Arroyo in der Vergangenheit durch ihre Klientelpolitik einen Bärendienst erwiesen. Und wen soll sie verantwortlich machen, wenn jetzt bald sehr wahrscheinlich die Preise für Wasser, Strom und Brennstoff Verbraucherpreise steigen werden — außer sich selbst? Da wird es ihr auch kaum helfen, dass sie die Unterstützung der Geschäftswelt und

die unverhohlene Sympathie des US-Präsidentin hat.

Im Senat zumindest, der zur Hälfte neu gewählt wurde, kann Arroyo wahrscheinlich auf eine Zwei-Stimmen-Mehrheit bauen. Sieben der siegreichen zwölf Kandidat/innen gehören ihrem Lager an, die fünf anderen dem Lager von Poe. Doch die Kandidat/innen von Arroyos »K-4-Coalition« zeigen sich tief zerstritten. Ein sicherer Rückhalt sind sie beileibe nicht.

Nichts Neues unter der Sonne

Ein lärmender Wahlkampf liegt hinter dem Land — viel Lärm um nichts. Denn viel ändern wird sich durch die neu gewählten demokratischen Institutionen nicht. In Repräsentantenhaus und Senat werden zwar neue Gesichter einziehen, sie stammen allerdings fast alle aus altingesessenen Familien.

Ein Zirkus, in dem bloß das Establishment miteinander kabbelt. Die Oppositionskandidaten von heute sind die Mächtigen von gestern. Bei den Senatswahlen etwa sind die meisten neuen Gesichter unter den Kandidaten entweder Medienberühmtheiten oder aber Sprösslinge politischer Dynastien, Töchter und Söhne ehemaliger Senatoren und Präsidenten. Ein Viertel der Senatoren hat ein Vermögen von über 100 Millionen Pesos (1,5 Millionen Euro).

Ähnliches gilt für die meisten Kandidaten bei den Gouverneurswahlen und für das Repräsentantenhaus, dessen Sitze per Mehrheitswahl vergeben werden. Sie haben sich erneut zu losen Wahlkampfbündnissen zusammengeschlossen, die sie frecherweise auch noch »Parteien« nennen.



Gloria Macapagal Arroyo

Ein Programm haben diese »Parteien« aber nicht, außer sich die nötigen finanziellen Mittel und eine angemessene politische Unterstützung der Oligarchie zu sichern, um erfolgreich einen der Parlamentssitze oder einen der Gouverneursposten zu ergattern. Nur bis zu 20 Prozent der Sitze sind für Parteilisten reserviert, die die Interessen der benachteiligten Sektoren der Gesellschaft vertreten sollen.

Der Wahlkampf war daher ein reiner Persönlichkeitswahlkampf. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über die drängenden Probleme des Landes hat nicht stattgefunden. »Die zentralen Themen unseres nationalen Lebens sind still und leise von der Agenda der öffentlichen Diskussion genommen worden«, so der Soziologe Randy David, der für die größte philippinische Tageszeitung, den Philippine Daily Inquirer, schreibt. »Über Themen wie unsere Auslandsschulden, unsere Integration in das Regime des globalen Freihandels oder unsere Rolle im globalen Krieg der USA gegen den Terror, so heißt es, könne man nicht verhandeln und

darum mache es auch keinen Sinn, über sie zu diskutieren«, so David weiter.

Als im März Fernando Poe nichts anderes tat, als plötzlich etwas von »Restrukturierung der Schulden« zu murmeln, sind seine Kritiker direkt über ihn hergefallen, haben ihn für verantwortungslos erklärt und seine Äußerungen gleichgesetzt mit der Weigerung, Schulden überhaupt zurückzahlen. So wird die Regierung auch in Zukunft weiterhin automatisch 30-35 Prozent der nationalen Haushalts für den Schuldendienst beiseite legen, auch wenn das Land dringend Investitionen im Bereich Bildung, Gesundheit und Infrastruktur braucht.

»Vergangen sind die Tage«, so noch einmal David, »in denen eine Nation ihre demokratischen Institutionen noch dazu genutzt hat, über seine Wirtschafts- und Außenpolitik selbst zu entscheiden. Üblicherweise waren diese Fragen das Herz der politischen Debatten in demokratischen Staaten. Heute sind sie einfach aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Die wirkliche Frage müsste die sein: Wie können wir Filipinos wieder effektiv die Kontrolle über unser Schicksal in einer globalisierten Welt wiedergewinnen? Keiner der Präsidentschaftskandidaten scheint aber interessiert gewesen zu sein, darüber zu sprechen.«

Ähnlich äußert sich der Kolumnist Conrado de Quiros: »Die Wahlen spiegeln bloß unsere Besessenheit wieder, in ausländischen Investitionen, Freihandelszonen und in der Globalisierung als solcher unser Heil zu suchen. Kein Land hat sich aber je in der Geschichte vornehmlich durch ausländische Investitionen entwickelt.« Und der Soziologe Walden Bello, eine der Galionsfiguren der globalisierungskritischen Bewegung, meint, »die Wahlen werden der Wirtschaft nicht helfen, weil keiner der Kandidaten ein Programm vorgelegt

hat, das die Wirtschaft beleben oder inspirieren könne«.

»Um die wirtschaftliche Krise zu überwinden«, so Bello weiter, »bräuchte das Land jemanden, der die lang verzögerte Agrarreform zum Abschluss bringen würde, die Schul-

der Beförderung der geschäftlichen und politischen Interessen der winzigen Elite des Landes zu tun als damit, den Armen, die die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler stellen, eine bessere Zukunft zu schaffen.«



Straßen kehren nach der Wahl

dendienstzahlungen aussetzen und das Liberalisierungsprogramm aufhalten würde und der eine wirtschaftlichen Erneuerung in Gang setzt, die den Schwerpunkt auf die Entwicklung der heimischen Industrie legt.« Der ideale Kandidat, so Bello, sollte die Solidarität innerhalb der G20-Gruppe festigen, eine stringente und effiziente Steuerverwaltung schaffen und ein nachfrageorientiertes Wachstum anstoßen, indem die Massenkaufkraft gestärkt wird. Dieser Kandidat war allerdings auf dem Wahlzettel vergeblich zu finden.

So sind auch diese Wahlen vor allem »von den Eliten als Mechanismus des Wettbewerbs unter den Mächtigen« genutzt worden, so der Journalist Bobby Tuazon. »Der diesjährige politische Zirkus hat mehr mit

Alles hoffnungslos?

Gibt es Hoffnung? Oder sind Wahlen in den Philippinen tatsächlich nichts als bloß eine lärmende, aber letztlich sinnlose Leibesübung? Nicht ganz!

Eine Hoffnung liegt auf den Parteilisten. Ihre Abgeordneten sollen die Interessen der marginalisierten Sektoren im von der Elite dominierten Parlament vertreten. Ihnen ist in den letzten sechs Jahren seit der Einführung der Direktwahl der Parteilisten immer wieder gelungen, Skandale aufzudecken, die undemokratischen Gebaren der Elite bloßzustellen und mit den den Listen zur Verfügung gestellten Geldern zahlreiche Entwicklungsprojekte im Land auf den Weg zu bringen.

Vor allem aber konnten sie programmatischer Politik und den zentralen politischen Themen, von denen David spricht, eine (Medien-) Öffentlichkeit verschaffen. Ohne sie hätte es weder das Gesetz gegeben, das Homosexuellen mehr Rechte einräumt und auch nicht das Gesetz, das Frauen mehr Rechte in punkto sexueller Selbstbestimmung einräumt.

Sie sind damit zumindest so erfolgreich gewesen, dass auch die maoistische Linke, die ihr Heil bislang vornehmlich im bewaffneten Kampf suchte, schon bei den letzten Wahlen im Jahre 2001 mit einer eigenen Parteiliste, der Liste Bayan Muna, angetreten ist. Diese gewann damals über 12 Prozent der Stimmen, konnte aber aufgrund der gesetzlichen Regelung nur drei Sitze im Parlament besetzen. Diesmal ist das maoistische Spek-



Warnung vor den maoistischen Parteilisten

trum daher mit fünf Listen angetreten.

Die Ergebnisse der Parteilistenwahlen liegen bereits vor. Danach sind diesmal 23 Abgeordnete (2001:13) aus insgesamt 15 Listen ins Parlament eingezogen. Bayan Muna mit 9,5 Prozent der Stimmen, die Kooperative der Elektrokooperativen APEC mit 7,4 Prozent der Stimmen und die radikaldemokratische Parteiliste Akbayan mit 6,7 Prozent der Stimmen konnten jeweils drei Sitze gewinnen.

Zwei weitere maoistische Listen, Anakpawis (2) und Gabriela (1) sind ebenfalls ins Parlament eingezogen. Auch die sozialistische Arbeiterliste Partido ng Manggagawa konnte einen Sitz ergattern.

Einen Sitz erhielten ebenfalls die Listen, die der Bewegung El Shaddai (Buhay) bzw. dem Jesus is Lord-Movement (Citizens Battle Against Corruption) nahestehen.

Allerdings wussten fast 60 Prozent der Wähler/innen einer Umfrage zufolge mit dem Parteilistensystem gar nichts anzufangen. Nur ein Drittel der Wähler haben sich schließlich überhaupt an den Parteilistenwahlen beteiligt.

Die progressiven Parteien haben erklärt, dass sie Gesetze ins Parlament einbringen wollen, die den Erhöhung des Mindestlohns bestimmen, den Krankenversicherungsschutz ausdehnen, gegen die Flexibilisierung der Arbeit vorgehen und eine Rücknahme des Gesetzes vorsehen, das dem Schuldendienst Priorität

bei den Haushaltsausgaben einräumt.

Doch diese Gesetzesinitiativen werden wenig Erfolg haben. Denn das Parlament bleibt weiterhin von der Elite dominiert. Zu wirklichen Reformen wird es daher kaum kommen. »Der Erfolg des Parteilistensystems«, so Jeremiah Opiniano vom Forschungsinstitut ICSI, »wird sich schlussendlich in der Fähigkeit der Parteilistenabgeordneten erweisen, Nährboden für die Ausbildung richtiger politischer Parteien zu werden — die ihren Rückhalt unter den organisierten Armen haben und deren Interessen vertreten.« »Diese politischen Parteien«, so Opiniano weiter, »müssen in der Lage sein, auf allen Ebenen des politischen Wettbewerbs mitzumischen und schließlich an einer demokratischen Regierung beteiligt sein.« Doch bestehe die Gefahr, dass das Versprechen der Partizipation, dass das Parteilistensystem in sich birgt, weiterhin von einer Legislative ignoriert wird, die von althergebrachten politischen Verfahren eingeschnürt ist. (Siehe dazu: *Schwache Stimmen — Erfahrungen mit dem Party-List-System in: südostasien* 1/2004, S. 79-81).

Veränderung muss von unten ausgehen, meinen viele Analysten. Nicht nur in Gallien, auch in den Philippinen gibt es viele kleine Dörfer, wo eine durchgreifende Demokratisierung des Landes seinen Anfang nehmen könnte. Die kommunale Ebene bietet mehr Raum für fortschrittliche Kandidaten und Organisationen, Veränderungen auf den Weg zu bringen. » Die Menschen fühlen sich vom politischen System sehr entfremdet«, so Joel Rocamora. » Auf der lokalen Ebene dagegen lässt sich am ehesten wieder das Gefühl wiederherstellen, dass es wirksame Beteiligungsmöglichkeiten im politischen System gibt. Und dieses Gefühl ist die Essenz radikaler Demokratie.«

Die Philippinen könnten von den Erfahrungen in Lateinamerika lernen, wo seit den 1980er Jahren, linke Parteien zahlreiche Siege auf der kommunalen Ebene errungen haben — und in jüngster Zeit schließlich in mehreren Ländern auch aus den nationalen Wahlen als Sieger hervorgingen.

»Die kommunale Ebene«, so der Politikwissenschaftler Jonathan Fox »hat sich dabei als die beste Arena erwiesen, in der sich die Linke in den Kampf um die Macht begeben, fortschrittliche Reformen ausprobieren und das Regieren lernen kann«. Und das Dezentralisierungsprogramm von 1991, der Local Government Code, scheint in den Philippinen dafür sogar noch bessere Möglichkeiten zu bieten als damals in Lateinamerika. Auf die Ergebnisse der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen darf man daher besonders gespannt sein.

Anmerkung

- 1) Dem entspricht auch eine Studie des Institute on Political and Electoral Reform (IPER), die im März zu dem Ergebnis kam, dass das Wahlverhalten diesmal weniger von der Beliebtheit eines Kandidaten abhängt (anders als noch 1998), sondern von der simplen Frage »was bringt mir der Kandidat?« Doch das Versagen der früheren Regierungen habe zu einem wachsenden Zynismus geführt — und der großen Zahl unentschiedener Wähler. 24 Prozent haben noch am Vorabend der Wahlen in einer Umfrage angegeben, dass sie noch unentschieden seien, wen sie wählen wollen. Joel Rocamora kommt zu dem Schluss, dass »während Umfragen weiterhin ein hohen Grad an Vertrauen in die Demokratie als Ideal verzeichnen, so zeigten sie zugleich, eine weitverbreitete Desillusionierung darüber, wie Demokratie im Lande funktioniere.«